

Niederschrift

der XI/1. Sitzung

Bezirksausschuss Bödefeld der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, 15. Januar 2026
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:50 Uhr
Sitzungsort: Kräggennest (Dorfhalle), Westernbödefeld, Am Krähenberg 5

Anwesende:

Vorsitzender

Daniel Gierse

Ausschussmitglieder

Matthias Albers

Niklas Brüggemann

Kevin Brune

Guido Fersterer

Louis Gierse-Arsten

Felix Klauke

Markus Meyer

Siegfried Osebold

Martin Peters

Burkhard Rarbach

Marius Rettler

Johannes Schöttler

Rafael Schröder

Hans Josef Wegener

Von der Verwaltung

Stadtforstamtsrat Christian Bröker

bis 19.00 Uhr nach TOP 6

Technischer Beigeordneter Andreas Dicke

Stadtverwaltungsrat Holger Entian

Stadtangestellter Mirko Piechaczek

Stadtangestellter Christoph Schöllmann

Schriftführerin

Stadtangestellte Marie Steilmann

Aufgrund besonderer Einladung

Oliver Grieger

Projektentwickler UKA Mainz, für TOP 8

Miriam Willfahrt

Projektentwicklerin UKA Mainz, für TOP8

Stellv. BM

Dietmar Weber

Zu Beginn der Bezirksausschusssitzung begrüßt Dietmar Weber die anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsvertreter und Zuhörer: innen.

Herr Weber stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben ist.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung ist in der Einladung aufgeführt. Auf Nachfrage ergeben sich unter den Ausschussmitgliedern keine Änderungen zur Tagesordnung. Somit stellt der Bezirksausschuss einstimmig folgende Tagesordnung fest

Der Ausschuss stellt folgende Tagesordnung fest:

A. ÖFFENTLICHER TEIL	Vorlage:
1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin für die Sitzungen des Bezirksausschusses	XI/64
2. Einführung und Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	XI/66
3. Wahl des/der Ausschussvorsitzenden und dessen/deren Stellvertreter/in	XI/67
4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
4.1. Anliegen der Einwohner:innen	
5. Haushaltsplan 2026 - Investitionsmaßnahmen für den Bereich des Bezirksausschusses Bödefeld 2026 - 2029	XI/60
6. Sachstandsbericht aus dem Stadtforst für das Revier Bödefeld	
7. Dorferneuerungsmaßnahme Ortsmitte Bödefeld - Beschlussfassung über das Bauprogramm	XI/54
8. Antrag zur Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für einen Solarpark, Stadtteil Westernbödefeld	XI/53
9. Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Schmallenberg für einen Solarpark, Stadtteil Westernbödefeld Änderung von "Fläche für die Landwirtschaft" in "(Sonstiges) Sondergebiet - Zweckbestimmung: Solaranlage" gem. § 11 BauNVO bei Westernbödefeld	XI/52
10. Bericht der Verwaltung	
11. Verschiedenes	
11.1. Informationsfluss zwischen Stadtverwaltung und Bezirksausschuss	
11.2. Brückengeländer Brabecke	
11.3. Straßenbeleuchtung im Bereich des Bezirksausschusses	
11.4. Flüchtlingsunterkunft Hunaustraße 46 Bödefeld	
11.5. DHL Packstation in Bödefeld	

Vorlage:

Der Ausschussvorsitzende Herr Gierse fragt, wann voraussichtlich wieder positive Erträge erwirtschaftet werden könnten.

Hierzu erläutert Herr Bröker, dass in den kommenden Jahren vorerst weiterhin mit defizitären Ergebnissen zu rechnen sei. Ohne sich festlegen zu wollen, schätzt er, dass voraussichtlich in etwa fünf Jahren wieder Erträge erzielt werden könnten.

**TOP 7 Dorferneuerungsmaßnahme Ortsmitte Bödefeld
- Beschlussfassung über das Bauprogramm**

XI/54

Der Leiter des Bauamtes, Christoph Schöllmann, stellt den Umbau- und Gestaltungsplan zur Dorferneuerung der Ortsmitte Bödefeld vor. Der Gestaltungsplan ist dem Protokoll als Anlage beigelegt. Hierzu teilt er weiter mit, dass derzeit das Genehmigungsverfahren zur Offenlegung des Gewässers „Palme“ bei der Unteren Wasserbehörde laufe.

Herr Schöllmann führt aus, dass bis zum 15.03.2026 eine Entwurfsplanung bei der Bezirksregierung abgegeben werden müsse. Erfahrungsgemäß müsse für die Bewilligung des Antrages mit mindestens sechs Monaten gerechnet werden. Hier sei die zusätzliche Beantragung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns sinnvoll, um mit den weiteren Planungen fortfahren zu können, ohne dass sich dies als förderschädlich erweise.

Mit einem tatsächlichen Baubeginn nach Antragsgenehmigung könne dann im Jahr 2027 gerechnet werden.

Herr Gierse erkundigt sich, inwieweit der heute vorgestellte Plan als endgültig anzusehen sei oder ob noch Möglichkeiten für geringfügige Änderungen hinsichtlich der gestalterischen Umsetzung bestünden.

Herr Schöllmann führt aus, dass an der Grundstruktur nach Antragsstellung bei der Bezirksregierung keine Änderungen mehr vorgenommen werden könnten, kleinere gestalterische Anpassungen seien jedoch aller Voraussicht nach noch möglich.

Weitere Nachfragen zum Bauprogramm werden von Herrn Schöllmann beantwortet.

Abschließend informiert Herr Schöllmann, dass für Sommer 2026 eine entsprechende Bürgerversammlung geplant sei, in der über die planerische Umgestaltung der Dorfmitte informiert werden solle. Für diese Veranstaltung werde der Gestaltungsplan unter Berücksichtigung der noch zu prüfenden Sachverhalte und der bereits geäußerten Änderungswünsche überarbeitet und entsprechend aufbereitet.

Der Bezirksausschuss Bödefeld beschließt einstimmig das vorgestellte Bauprogramm.

**TOP 8 Antrag zur Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für
einen Solarpark, Stadtteil Westernbödefeld**

XI/53

Herr Entian erläutert zunächst anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 3) die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die vom Stadtrat beschlossenen Kriterien für PV-Freiflächenanlagen. Aus Sicht der Stadtentwicklung ergeben sich daraus auch für Schmallingenberg Auftrag und Verpflichtung für eine aktive Begleitung und Unterstützung entsprechender Vorhaben, sofern sie die Anforderungen erfüllen.

Auf Nachfrage von Herrn Albers erläutert Herr Entian die mögliche Flächenkulisse für Schmallingenberg. Diese sei aus den bundesweiten Zielsetzungen des EEG abgeleitet und im Flächenverhältnis heruntergebrochen auf das Stadtgebiet. Eine maximale Ausweisung von 68 ha bis 2030 sei demnach keine gesetzliche Verpflichtung, sondern eine für Schmallingenberg als

vertretbar angesehene Größenordnung. Die Frage nach weiteren Anträgen beantwortet er dahingehend, dass 3 aktuell vorliegende Anträge parallel in der laufenden Sitzungsrunde zur Entscheidung vorgelegt würden und darüber hinaus derzeit keine weiteren Anträge vorlägen, dies könne sich aber täglich ändern. Zudem laufe bereits das Bebauungsplanverfahren für den Solarpark „Wormbacher Berg“ in Schmallenberg

Ausschussmitglied Schöttler weist auf die landwirtschaftliche Nutzung der Fläche bei Westernbödefeld hin. Dem Pächter bzw. Landwirt fehle im Falle einer Überplanung dann Bewirtschaftungsfläche. Aus Sicht von Herrn Entian bestehe dieses Spannungsverhältnis häufig bei städtebaulichen Vorhaben, der Verwaltung sei der Druck auf die Landwirtschaftsfläche auch bekannt. Unbestritten sei aber der enorm hohe Stellenwert der erneuerbaren Energien aus der Bundes- und Landesgesetzgebung, woraus sich regelmäßig deren Vorrang in der Abwägung ableiten würde.

Vom Unternehmen bzw. Vorhabenträger UKA erläutern Frau Willfahrt und Herr Grieger anschließend das eigentliche Projekt bzw. Vorhaben mit einer kurzen Präsentation (Anlage 4).

Herr Albers fragt, wieso bei der geplanten Fläche nicht auf Agri-Photovoltaikanlagen gesetzt werde, damit weiterhin Landwirtschaft betrieben werden könne.

Frau Willfahrt weist darauf hin, dass Freiflächen-Photovoltaikanlagen wirtschaftlich am effizientesten betrieben werden könnten. Auf diesen Flächen sei zudem auch eine gleichzeitige Weidetierhaltung, beispielsweise mit Schafen, möglich. Je nach Anordnung und Reihenabstand der Anlagen könne auch eine Mahd für landwirtschaftliche Zwecke erfolgen, wobei aufgrund der teilweisen Verschattung der Ertrag entsprechend geringer ausfallen könnte.

Auf Nachfrage von Herrn Schröder zu Vorteilen für Anwohner:innen führt Frau Willfahrt aus, dass vergünstigte Stromtarife nicht möglich seien, da die UKA kein Stromanbieter sei. Eine finanzielle Beteiligung der Kommune von bis zu 0,2 ct/kWh sei grundsätzlich denkbar, müsse jedoch noch geklärt werden.

Zum erwarteten Ertrag teilt Frau Willfahrt mit, dass ein optimistischer Jahresertrag von 12–13 MWp und Einnahmen von ca. 24.000–26.000 € möglich seien; Herr Peters verweist auf deutlich geringere Schätzungen von ca. 13.000–15.000 € aus dem Klimabeirat.

Ergänzend führt Herr Entian an dieser Stelle aus, dass die Verwaltung in Kürze den Gremien ein Konzept für die Mittelverwendung aus den Einnahmen aus EEG und BürgEnG zur Beratung vorlegen werde. Erste Überlegungen würden dahingehen, über dörfliche oder vereinsbezogene Projekte die Mittel auch den Orten zukommen zu lassen.

Zum Verkauf von Anlagen erklärt Herr Grieger, dass Projekte im Bedarfsfall veräußert würden, bestehende Verträge jedoch bestehen blieben. Frau Willfahrt ergänzt, dass die UKA in der Vergangenheit bei Veräußerungen von Projekten häufig weiterhin als Energieparkmanager agierte und die Projekte weiterhin betreut hat.

Auf Nachfrage von Herrn Gierse zu Installation von Batteriespeichern teilt Frau Willfahrt mit, dass diese für den Standort Westernbödefeld derzeit nicht vorgesehen, grundsätzlich jedoch nicht ausgeschlossen seien.

Herr Rarbach verweist erneut auf die von der CDU einberufene Anliegerversammlung zum Meinungsaustausch bezüglich des Freiflächen-Photovoltaikprojekts.

Herr Peters berichtet, dass das Ziel der Versammlung darin bestand, ein Meinungsbild der örtlichen Bevölkerung zum geplanten Projekt einzuholen. Viele Bürger:innen äußerten Ängste, insbesondere weil Überlegungen diskutiert wurden, die Projektfläche noch zu vergrößern. Hauptsorge sei, dass nach der Schaffung der Infrastruktur für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage weitere Flächen ohne großen bürokratischen Aufwand erschlossen

werden könnten. Zudem greift Herr Peters erneut die Belange der Landwirte auf, da durch das Projekt landwirtschaftliche Nutzflächen verkleinert würden und keine Ausweichflächen zur Verfügung stünden. Am Ende der Veranstaltung sei seitens der Anwohner:innen aufgrund der vorgenannten Gründe ein relativ klares Votum gegen das geplante Projekt geäußert worden. Der Ausschussvorsitzende ergänzt, dass die betroffenen Anwohner:innen sich im Vorfeld der heutigen Bezirksausschusssitzung eine Erläuterung seitens der UKA gewünscht hätten, da zum geplanten Projekt im Vorfeld große Unklarheit bestanden habe.

Herr Meyer erkundigt sich nach Möglichkeiten, dass die Beschlussfassung der entsprechenden Vorlage zurückgestellt würde. Viele Informationen zur Meinungsbildung habe er erst heute erhalten.

Die übrigen Ausschussmitglieder äußern Einigkeit darüber, dass sie auf Grundlage der heutigen Informationen in der Lage seien, eine Entscheidung zu treffen und einen Beschluss zu fassen.

Der Bezirksausschuss Bödefeld lehnt den in der Vorlage genannten Beschlussvorschlag mit 13 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen einstimmig ab.

**TOP 9 Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt
Schmallenberg für einen Solarpark, Stadtteil Westernbödefeld
Änderung von "Fläche für die Landwirtschaft" in "(Sonstiges)
Sondergebiet - Zweckbestimmung: Solaranlage" gem. § 11 BauNVO bei
Westernbödefeld XI/52**

Im Bezug auf den vorgenannten TOP bestehe hier laut Meinung der Ausschussmitglieder kein weiterer Gesprächsbedarf, sodass direkt mit der Abstimmung über den Beschlussvorschlag fortgefahren werden könne.

Der Bezirksausschuss Bödefeld lehnt den in der Vorlage genannten Beschlussvorschlag mit 13 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen einstimmig ab.

TOP 10 Bericht der Verwaltung

In Bödefeld (Am Rübenkamp) hat die Stadt eine Baulandfläche mit einer Größe von ca. 2.200 m² erworben. Erste Entwürfe zur Parzellierung in drei bis vier Baugrundstücke liegen bereits vor. Interessierte werden gebeten, sich an das Amt für Stadtentwicklung zu wenden.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich Herr Gierse nach der zuvor an die Stadtverwaltung gestellten Anfrage zu den Bauflächen ‚Zur Linde/Am Kampe‘ und nach dem aktuellen Stand der Planungen.

Herr Schöllmann teilt mit, dass der Planungstitel im laufenden Haushaltsjahr berücksichtigt sei. Derzeit werden bei verschiedenen Ingenieur- und Planungsbüros Anfragen für Planungsaufträge gestellt.

Herr Rettler erkundigt sich, ob bereits konkrete Überlegungen darüber bestünden, wie mit dem alten Feuerwehrhaus in Bödefeld verfahren werden solle, sobald das neue Feuerwehrhaus in Betrieb genommen sei.

Herr Dicke erklärt hierzu, dass derzeit noch keine Planungen oder Entscheidungen in dieser Angelegenheit vorliegen.

TOP 11 Verschiedenes

TOP 11.1 Informationsfluss zwischen Stadtverwaltung und Bezirksausschuss

Herr Fersterer kritisiert erneut den unzureichenden Informationsfluss zwischen der Stadtverwaltung und dem Bezirksausschuss. Er hebt hervor, dass wichtige Anliegen und Themen des Ausschusses bislang nur unzureichend kommuniziert wurden, was die Arbeit und Entscheidungsfindung des Gremiums erschwere und unnötig in die Länge ziehe.

In diesem Punkt sehen alle Mitglieder des Bezirksausschusses erhebliches Verbesserungspotential und bitten die Verwaltung diesbezüglich um zukünftige Beachtung.

Herr Gierse merkt hierzu an, dass auch die von der CDU Bödefeld zuvor gestellten Anfragen vom 12.12.2025 im TOP „Bericht der Verwaltung“ größtenteils nicht beantwortet wurden. Zukünftig sollen diese bei der Aufstellung der Tagesordnung direkt berücksichtigt werden.

TOP 11.2 Brückengeländer Brabecke

Herr Fersterer bemängelt, dass trotz mehrfacher Versuche, die Angelegenheit im Vorfeld der Aufstellung des Geländers mit der Stadtverwaltung zu klären, keine Lösung erzielt worden sei und die Anwohner:innen Brabeckes mit der Installation des Geländers vor vollendete Tatsachen gestellt worden seien.

Darüber hinaus möchte Herr Fersterer von der Stadtverwaltung in Erfahrung bringen, nach welchen gesetzlichen Vorschriften das Geländer errichtet wurde. Besonders interessiere ihn, ob die Abstände zwischen den Geländerstreben unter Berücksichtigung der vorherrschenden Höhen von 1,30 m bis 1,80 m den geltenden gesetzlichen Vorschriften entsprächen.

TOP 11.3 Straßenbeleuchtung im Bereich des Bezirksausschusses

Herr Fersterer weist erneut auf die unzureichende Straßenbeleuchtung in Brabecke hin. Er sehe hier dringenden Handlungsbedarf, insbesondere da die schlechten Sichtverhältnisse in Kombination mit erheblichen Straßenschäden ein erhöhtes Risiko für Unfälle und Verletzungen bergen würden.

Herr Albers ergänzt hierzu, dass diese Straße im Rahmen der „kleinen Straßenbereisung“ begutachtet werde solle.

Herr Rarbach fügt hinzu, dass bei einzelnen Straßenlaternen möglicherweise andere Leuchtkörper mit einem vergrößerten Leuchtkegel oder Doppelleuchtkörper installiert werden könnten. Auf diese Weise ließe sich die Beleuchtungssituation schnell verbessern und dunkle Stellen spürbar aufhellen. Diesbezüglich bittet er die Stadtverwaltung um eine entsprechende Stellungnahme.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich Herr Gierse, ob stadintern eine Warte- oder Prioritätenliste existiere, anhand derer ersichtlich sei, wann in den jeweiligen Ortsteilen mit Maßnahmen zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung zu rechnen sei.

Solche Listen bestünden laut Herrn Dicke nicht. Der Austausch der Lampen sowie die Erweiterung des Netzes erfolgen sukzessive. Dabei stoße die Stadt jedoch regelmäßig sowohl im Hinblick auf die bestehende Energieversorgung als auch auf die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel an ihre Grenzen.

TOP 11.4 Flüchtlingsunterkunft Hunaustraße 46 Bödefeld

Herr Gierse erfragt die aktuelle Belegung der Flüchtlingsunterkunft Hunaustraße. Geplant gewesen sei, dass alle Bewohner:innen zum Jahresende 2025 ausgezogen seien.

Derzeit lebe laut Herrn Dicke noch eine Familie in der Unterkunft. Innerhalb der nächsten Wochen werde diese Familie jedoch ausziehen.

Wie das Gebäude weiter genutzt werde oder ob es ggfs. abgerissen werde solle, sei bisher nicht klar.

TOP 11.5 DHL Packstation in Bödefeld

Herr Gierse führt aus, dass seitens der Bödefelder:innen der Wunsch nach der Errichtung einer DHL-Packstation (möglicherweise auf städtischer Fläche) an ihn herangetragen wurde. Möglicherweise im Bereich des Montanushauses oder auf einer Parkfläche in der Freiheitstraße. Herr Gierse möchte wissen, wie ein solches Vorgehen anzugehen sei.

Herr Dicke antwortet, dass in solchen Fällen DHL mit Anfragen auf bestimmte Flächen an die Stadtverwaltung herantrete. Ein Bauantrag sei hierzu nicht erforderlich, es sei denn es bestünde vor Ort eine Gestaltungssatzung.